

Hans Maier

Vertrauen als politische Kategorie



**Augsburger
Universitätsreden 12**

Augsburger Universitätsreden 12

Hans Maier

**Vortrag und Ansprachen
anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde
durch die Philosophische Fakultät I**

Augsburg 1988



Hans Maier

**Augsburger
Universitätsreden**

Hans Maier

Vertrauen als politische Kategorie

Vortrag

anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde
durch die Philosophische Fakultät I
der Universität Augsburg
am 7. Juni 1988

Inhaltsverzeichnis

GRUSSWORT

Präsident Prof. Dr. Josef Becker

Grußwort Universitätspräsident Prof. Dr. Josef Becker	1
Laudatio Prodekan Prof. Dr. Theo Stammen	4
Verleihung der Ehrendoktorwürde Dekan Prof.-Dr. Hans-Otto Mühleisen	18
Glaubwürdigkeit in Wissenschaft und Politik Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel	21
Vertrauen als politische Kategorie Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Maier	34

Herausgegeben von der Universität Augsburg

Hohe Festversammlung,
meine Damen und Herren,
Kommilitoninnen und Kommilitonen,

es entspricht einer guten Tradition deutscher Universitäten, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung, die sie zu vergeben haben – die Würde eines Ehrendoktors – nicht an einen amtierenden Minister des eigenen Landes zu verleihen. Und es ist – so meine ich – ein ebenso guter akademischer Usus, mit dem Titel eines Doktor honoris causa nur in Ausnahmefällen politische, nichtwissenschaftliche Leistungen im engeren Sinne zu würdigen.

Der akademische Festakt, zu dem die Philosophische Fakultät I der Universität Augsburg heute eingeladen hat, gilt einem Gelehrten, der als Politiker 1 1/2 Jahrzehnte maßgeblich Verantwortung für den Ausbau unserer Hochschule getragen hat. Ausgezeichnet und geehrt wird indessen der Politologe, dessen wissenschaftliche Leistung als Autor und akademischer Lehrer die Entwicklung seines Fachs in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Ende der 50er Jahre wesentlich mitgeprägt hat. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Professor Hans Maier und heiße nicht minder herzlich seine Gattin bei diesem Festakt willkommen.

Ein Lebensweg wie der von Hans Maier begründet vielfältige wissenschaftliche, politische und menschliche Beziehungen. Zahl und Rang unserer Ehrengäste legen davon ein eindrucksvolles Zeugnis ab. In dem gleichen Jahr, da Hans Maier in Freiburg über das Studium der Geschichte zur Politikwissenschaft fand, saß in der badischen Schwesteruniversität Heidelberg Bernhard Vogel in den Seminaren und Vorlesungen des Politologen Dolf Sternberger. Hans Maier und Bernhard Vogel

sollten später ihre kulturpolitischen Ziele gemeinsam in der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland verfechten und sich in der Leitung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken ablösen. Ich begrüße sehr herzlich den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Bernhard Vogel.

Aus München heiße ich herzlich willkommen Herrn Staatsminister Wild, der mit seiner Anwesenheit Herrn Maier die Verbundenheit des Wissenschaftlers und des Amtsnachfolgers in der Leitung der bayerischen Hochschulpolitik bezeugt.

Langjähriges gemeinsames Wirken für den Freistaat und den Regierungsbezirk Schwaben verbindet mit Hans Maier den Ehrensensator unserer Universität, Herrn Staatsminister Anton Jaumann, den ich besonders herzlich in unserer Mitte begrüße.

Es ist uns eine große Freude und Ehre, daß der Bayerische Senat bei diesem Festakt durch seinen Vizepräsidenten, Herrn Professor Schumann aus Regensburg, vertreten und daß der höchste Repräsentant der staatlichen Verwaltung in Schwaben, Herr Regierungspräsident Dörr, zu dieser Feier gekommen ist.

Zu den politischen Aufgaben, die Hans Maier in seiner Zeit als Minister wahrzunehmen hatte, zählten die staatskirchenrechtlichen Angelegenheiten. Das Vertrauensverhältnis, das Hans Maier als Kultusminister wie als Vorsitzender des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken bei den christlichen Kirchen erworben hat, bezeugt die Anwesenheit von Herrn Weihbischof Schmidt und Herrn Stadtdekan Freudenberger, die ich herzlich willkommen heiße. Herzlich begrüße ich auch den neuen Oberbürgermeister von Landsberg, Herrn Rößle, sowie alle Landtagsabgeordneten aus unserer schwäbischen Region. Aus der akademischen Welt begrüße ich den Prorektor der Universität Konstanz, Herrn Professor Mainzer, der in Kürze einen neuen Lehrstuhl für Philosophie an unserer Universität übernehmen wird, den Prorektor der Universität Ulm, Herrn

Professor Lauritzen, sowie die beiden Vizepräsidenten der Technischen Universität München, Herrn Professor Kupfer und Herrn Professor Rastetter.

Ich bitte um Verständnis, daß ich diese namentliche Begrüßung mit dem Vorsitzenden unserer Freundegesellschaft, Herrn Dr. Wollburg, und unserem Schweizer Mäzen, Herrn Bösch, schließe und daß ich alle unsere Gäste, seien es Ministerialbeamte aus Bonn oder München, Generaldirektoren, Präsidenten oder Leiter hoher Behörden und der Bundeswehr, nur allgemein einschließe in einen herzlichen Willkommensgruß. Die Universität Augsburg freut sich, daß die Einladung der Philosophischen Fakultät I eine so starke Resonanz gefunden hat und daß ein so zahlreiches Publikum aus Stadt und Land, aus Lehrenden und Studierenden, teilnimmt an der Ehrung eines Wissenschaftlers von universeller Bildung und internationalem Rang.

LAUDATIO

Prof. Dr. Theo Stammen
Prodekan der Philosophischen Fakultät I

Meine Damen und Herren!

I.

Die Philosophische Fakultät I der Universität Augsburg verleiht heute, in diesem Festakt, die Ehrendoktorwürde an Herrn Prof. Dr. Hans Maier, Inhaber des Guardini-Lehrstuhls für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Als Prodekan habe ich aus diesem Anlaß den doppelten Auftrag – einmal Sie alle hier als unsere Gäste zu dieser Feierstunde, die soeben mit einer „fakultätseigenen“ Musik und mit einem Grußwort unseres Universitätspräsidenten eröffnet wurde, zu begrüßen – zum anderen, Ihnen die Fakultätsentscheidung über diese Ehrenpromotionsverleihung an Hans Maier zu erläutern.

Ich möchte – schon aus Zeitgründen (das Programm sieht ja noch zwei weitere Vorträge vor) – um Ihre freundliche Zustimmung dafür bitten, daß ich Sie alle gemeinsam begrüße und willkommen heiße. Sie, die Sie heute von nah und fern, aus Augsburg und aus Bayern, aber auch von jenseits der bayerischen Landesgrenzen hierher gekommen sind – als Repräsentanten von Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Staat und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, als Kollegen und Freunde, als Studenten und Bürger dieser Stadt. Ihnen allen darf ich versichern, daß wir uns über Ihr Kommen aufrichtig freuen und dafür dankbar sind. Bekunden Sie doch damit Ihre Zustimmung zur Entscheidung unserer Fakultät und zugleich Ihre Verbundenheit mit Hans Maier als dem heute hier zu Ehrenden.

Ich möchte nur *eine* Ausnahme von dieser kumulativen Begrüßung machen: indem ich jetzt – sicher in Ihrer aller Namen – besonders herzlich und dankbar *Herrn Prof. Dr. Hans Maier und seine Frau Gemahlin Adelheid Maier* unter uns begrüße. Seien Sie beide sehr herzlich willkommen! Seien Sie beide recht herzlich bedankt für Ihr Kommen!

Lieber Herr Maier, wir wissen es sehr zu schätzen und rechnen es uns (als Fakultät) zur Ehre an, daß Sie sich bereit erklärt haben, die Ihnen in diesem Frühjahr angetragene Ehrendoktorwürde anzunehmen und heute zu deren feierlicher Überreichung nach Augsburg zu kommen.

Liebe Frau Maier, auch Ihnen möchte ich herzlich dafür danken, daß Sie aus diesem Anlaß mit nach Augsburg gekommen sind, um an diesem Festakt teilzunehmen. Wir freuen uns sehr darüber.

II.

Meine Damen und Herren,

wie bereits erwähnt, habe ich nun die Aufgabe, vor Ihnen den Beschluß der Fakultät, Hans Maier die Ehrendoktorwürde zu verleihen, zu erläutern und zu begründen.

Es ist dies – das sei für den Chronisten vermerkt – die vierte Ehrenpromotion, die unsere Fakultät in ihrer noch kurzen, eben erst 15jährigen Geschichte durchführt. Auf *Eric Voegelin* (1981), *Helmuth Kittel* (1983) und *Theodor Eschenburg* (1985) wollen wir heute Hans Maier mit der höchsten akademischen Ehrung auszeichnen, die eine Fakultät zu verleihen hat.

Von seinen Vorgängern unterscheidet sich Hans Maier auf den ersten Blick schon durch das jugendliche Alter eines Mittfünfzigers. So hat sich auch hier offensichtlich ein Generationswechsel vollzogen.

Hans Maier, Jahrgang 1931, geboren in Freiburg-Brsg., hat Geschichte, Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaft in Freiburg, München und Paris studiert. Nach dem Staatsexamen (1956) promovierte er 1957 bei Arnold Bergstraesser mit einer Arbeit „Revolution und Kirche“ an der Universität Freiburg; 1962 habilitierte er sich ebendort mit einer Untersuchung über „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“. 1963 übernahm er den (zweiten) Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München, 1966 wurde er Mitglied des Deutschen Bildungsrates, 1970 wurde er als Staatsminister für Unterricht und Kultus in die Bayerische Staatsregierung berufen, der er ununterbrochen bis zum Herbst 1986 angehörte. Hans Maier ist seit mehreren Jahren Vorsitzender des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Seit dem Sommersemester 1988 hat er – nun als Inhaber des Guardini-Lehrstuhls – an der Universität München seine akademische Lehrtätigkeit, nach fast 18jähriger Unterbrechung, wieder aufgenommen.

Das Schriftenverzeichnis von Hans Maier ist lang; zwei seiner bekanntesten Werke – beide in mehreren Auflagen und Ausgaben erschienen – wurden bereits genannt: „Revolution und Kirche“ (1959) und „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“ (1966). Ich will nur noch einige wenige andere Titel nennen: „Politische Wissenschaft in Deutschland – Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis“ (1969), „Kirche und Gesellschaft“ (1972); inzwischen drei Bände „Schriften zu Kirche und Gesellschaft“ (1983 ff). „Klassiker des Politischen Denkens“ (2 Bde. 1968, 1986); unzählige Aufsätze zur Bildungs- und Kulturpolitik aus mehreren Jahrzehnten.

Für die Erläuterung und Begründung einer solchen Ehrenpromotion hat sich in der Tradition der akademischen Rhetorik seit altersher als dazu schickliche und übliche Textform die *Laudatio* eingebürgert, zur angemessenen Ausschmückung der Ehrung als Lobrede mit traditions-

legitimierten Stilmitteln und -formen. Ich habe mich für diesen Zweck noch einmal in *Ernst Robert Curtius' „Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter“* vertieft und im Kapitel „Rhetorik und Poesie“ unter dem Stichwort „Lobrede“ nachgelesen, welche Stilmittel die Tradition für einen solchen Zweck bereithält und empfiehlt. Ich habe dabei erfahren müssen, daß der berühmte *Isidor von Sevilla* in seinen „*Etymologiae*“ den rhetorischen Stil der Lobrede als Erfindung der ebenso leichtfertigen wie lügenhaften Griechen disqualifiziert hat; ich habe mich indes durch dieses Urteil nicht entmutigen lassen, den Auftrag der Fakultät zu erfüllen.

„Panegyricum est licentiosum et lasciviosum genus dicendi in laudibus . . . , in cuius compositione homines multis mendaciis adulantur. Quod malum a Graecis exortum est“.

Curtius führt die klassischen „*Topoi*“ der Lobrede auf, z. B. die „Überbietung“ (*Claudian*: „*Taceat superata vetustas*“) oder auch den berühmten „*Unsagbarkeitstopos*“; der Redner betont, unfähig zu sein, dem zu Lobenden in seiner Lobrede gerecht zu werden. Diese Unsagbarkeitsformel kann noch ins Allgemeine gesteigert werden – etwa so: „Auch *Homer*, *Orpheus* und andere Dichter und Sänger würden bei der *Laudatio* versagen“. Nun, die Ambivalenz dieser Stilfiguren ist zu offensichtlich, als daß ich sie mir hier zu eigen hätte machen können und wollen. Eher ginge noch die andere Variante derselben: „daß der Redner (in diesem Falle ich – Th. St.) nur wenig von dem vielen vorbringe, das er eigentlich vorbringen sollte – wenn er denn könnte“.

„*Pauca e Multis!*“ „*Weniges aus vielem!*“

Vielleicht ist das der richtige Einstieg.

Lieber Herr Maier, ich habe mich – auch schon aus Zeitgründen – spontan zu diesem Weg entschlossen und will im Folgenden nach diesem Prinzip des „*Pauca e Multis*“ vorgehen. Dazu bedarf es jedoch der Selektionskriterien; das wenige soll ja „repräsentativ“ sein.

Ein erstes Kriterium fand sich in einem kurzen Text, den Hans Maier vor etlichen Jahren bereits in autobiographischer Absicht geschrieben und publiziert hatte; dort können wir lesen:

„Ich bin von der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte ausgegangen (als Schüler von Gerd Tellenbach) und von da zu Fragen der Sozialwissenschaft und Politik gelangt. Nachhaltiger Einfluß hat mein Lehrer Arnold Bergstraesser, ein königlicher Anreger und Vermittler, auf mich geübt. . . . Zwei Probleme haben mich dabei besonders beschäftigt: einmal die soziale und politische Stellung der Kirchen im nachrevolutionären Zeitalter – ihr habe ich mein Buch „Revolution und Kirche“ gewidmet und eine Anzahl von Aufsätzen, die das Thema bis zur Gegenwart weiterführen; sodann das Problem der deutschen Staatsanschauung und Staatstradition im Zusammenhang einer möglichen Erneuerung der politischen Wissenschaft in Deutschland; es steht im Mittelpunkt meines Buches über die „Ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“ . . . “ (H. Maier. Politische Wissenschaft in Deutschland. München 1969, S. 303)

Soweit die Selbstcharakteristik. Ich habe dann noch nach einem zweiten Kriterium gesucht, um die persönliche Motivation von Hans Maier genauer treffen und damit zugleich den eigentümlichen konstitutiven Zusammenhang der eben genannten beiden Schwerpunkte seines wissenschaftlichen Werkes und ihre Beziehung zur gesellschaftlichen und politischen Praxis herstellen zu können. Ich glaube, dieses Kriterium schließlich in einem mittelalterlichen Text gefunden zu haben – eher zufällig als absichtsvoll; aber „passend“. Denn der Verfasser dieses Textes, ein Italiener, genauer: ein Florentiner von Geburt, hatte – „nel mezzo del cammin di nostra vita“ (gerade mitten auf unserer Lebensreise) – die geistige und politische Unordnung seiner Zeit schmerzlich erfahren, in seinen Werken (die zur Weltliteratur gehören) auf höchst eindrucksvolle Weise bearbeitet und dabei seine zeitkritische politische Ordnungsreflexion (E. Voegelin) gestaltet. Dem Werk, das

sich schon mit seinem Titel „De Monarchia“ eindeutig als politisch-theoretischer Traktat zu erkennen gibt, hat der Verfasser – Sie werden aus den umschreibenden Andeutungen längst erkannt haben, daß Dante, der Verfasser der „Göttlichen Komödie“, gemeint ist – folgende Sätze – fast bekenntnishaft – an die Spitze gestellt. Ich darf sie gleich in der (alten) Übersetzung von Constantin Sauter (aus dem Jahre 1913) zitieren:

„Denn darüber darf kein Zweifel sein, daß der eine Pflichtvergessenheit begeht, wenn er zum Gemeinwesen (res publica) keinen Beitrag liefert, obwohl er in politischen Fragen Bescheid weiß“.

Ich glaube, daß dieser Satz aus Dantes „De Monarchia“ – richtig gelesen – uns durchaus einen Schlüssel zu einem angemessenen Verständnis und zu einer entsprechenden Würdigung des bisherigen Lebenswerkes von Hans Maier liefert, zu der darin zutage tretenden eigentümlichen Verbindung von politischer Theorie und politischer Praxis; oder anders gewendet: zu dem eigentlich konstitutiven Grund der persönlichen Verantwortlichkeit; im besonderen: einer Verantwortung des Politikwissenschaftlers gegenüber dem Gemeinwesen, in dem er lebt, seinem aktuellen Zustand und seiner zukünftigen Entwicklung. Das Gesagte ist nicht etwa einseitig als These zu verstehen, der Praxis gehe stets die Theorie voraus. Das wäre zu abstrakt. Es ist vielmehr so, daß die konkrete Erfahrung der politischen Wirklichkeit der Theorie durchaus vorausgeht und insofern die Selektion der theoretisch für relevant erachteten und daher zu bearbeitenden Fragen und Probleme (mit-)bestimmt, daß mithin von einem echten Wechselverhältnis zwischen Theorie und Praxis (Erfahrung und Handeln) zu sprechen ist. Ich möchte jetzt versuchen, zu zeigen, wie diese Wechselbeziehung sich an den beiden erwähnten Schwerpunkten im Werk von Hans Maier, die er selbst bezeichnet hat, kristallisiert hat.

Einen ersten Hinweis dafür entnehme ich dem jüngsten, höchst lesenswerten Buch von Hans Maier „Die Deutschen und die Freiheit – Per-

spektiven der Nachkriegsgeschichte". (1986/7), das zeitkritische Analysen und Reflexionen zur deutschen Geschichte seit dem Kriegsende enthält. Hier reflektiert Hans Maier – gleichsam in „anamnestischer“ Absicht – persönliche Lebenserfahrungen vor dem epochalen Hintergrund des Kriegsendes und der ersten Nachkriegsjahre. Erlauben Sie mir, daraus zwei Zitate zu bringen:

–(1) In dem Text „Das Jahr 1945“, in dem der Verfasser von den letzten Kriegstagen erzählt, die er als 14jähriger in Freiburg erlebt hat, findet sich folgende Passage:

„Beim Heimweg kamen die Tiefflieger; in einem Unterstand liegend, während Bomben fielen, dachte ich nach über Vergangenheit und Zukunft. Ich weiß noch, daß mich ein sinnloser wilder Zorn packte: Warum war ich, gerade ich, hineingerissen in etwas, was ich nicht begonnen hatte, wofür ich keine Verantwortung besaß und was sich meinem Willen wie ein gleichmütig abrollendes Naturereignis entzog? . . .

Bald nach Ostern wurde die Stadt besetzt. Der Krieg ging zu Ende . . .

Von der „Gnade des Nullpunkts“, über die manche damals räsonierten, spürten wir nichts. Denn jenes Jahr war gnadenlos. Es schlug die festen Geländer weg. Kindheit und Karl-May-Zeit waren zu Ende. Nur wenig blieb übrig, was sich in jenen Tagen als Haft, als Widerpart bewährte, und dieses wenige kam nicht vom „Nullpunkt“, es kam aus älteren, stärkeren Traditionen“ (S. 12).

Hier, in diesen Sätzen, wird – wenn ich richtig verstehe – das entscheidende *Motiv* sichtbar für die spätere, anhaltende wissenschaftliche Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Geschichte, mit den Grundlagen der Politik, mit der Staatstradition in Deutschland, sowie mit der Staatswissenschaft – die den einen Schwerpunkt in *Hans Maiers* Werk ausmachen; zugleich aber auch das Motiv für die Fragen nach der menschlichen und politischen Freiheit,

deren anthropologischer Begründung und deren zeitgeschichtliche Rahmenbedingungen – die den zweiten Schwerpunkt bilden.

– (2) Ein zweites Zitat aus dem gleichen Buch – aus einem „Übungen im Überleben“ betitelten Text – verstärkt diesen Eindruck noch; dort lesen wir als Resümee dieser Erfahrungen:

„Wahrhaftig, will man das *Homo homini lupus* des Naturzustandes an der Quelle studieren, so gibt es dafür kein besseres Beobachtungsfeld als jene Monate nach dem Krieg . . .“ (S. 15).

Hier die Erfahrung der totalen Abwesenheit jeglicher politischer Ordnung – nach der Zerstörung der alten, nationalsozialistischen. – mit ihren Auswirkungen für das Leben des einzelnen wie der vielen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Aus der existentiellen Krisenerfahrung des Jahres 1945 entstand das Interesse, Bescheid wissen zu wollen in politischen Fragen, um daraus (auch) die Möglichkeit zu gewinnen, einen Beitrag zunächst zur Restitution, später zur Erhaltung und Fortentwicklung des Gemeinwesens zu leisten – durchaus im Sinne des zitierten Dante-Satzes. Diese Motivation und Perspektive scheinen mir im Werk von Hans Maier von Anfang an bis heute bestimmend gewesen und geblieben zu sein; sie haben ihrerseits die Vermittlung der politischen Theorie und Wissenschaft zur politischen Praxis in den verschiedenen Bereichen bestimmt.

Ich wähle – zum Beleg dafür – noch eine Textstelle, dieses Mal aus der kleinen Schrift „Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat“ (1973). Auch hier ist wieder als Ausgangspunkt die zeitkritische Analyse der aktuellen Situation der Grund- und Menschenrechte gegeben; daraus wird dann gefolgert:

„In dieser Situation mag es gut sein, sich auf Ursprung, Bedeutung und heutige Problematik der Grundrechte zu besinnen . . . Jenseits historischer und juristischer Einzelprobleme soll versucht werden, die Stellung der Grundrechte im modernen Staat als ganzes zu sehen und zu würdigen, um aus der Analyse des geschichtlichen Bestandes vorzudringen zur Frage nach ihrer

künftigen Geltung und Weiterentwicklung“ (S. 8).

Ich hätte auch — als Beispiel — die Freiburger Antrittsvorlesung „Hegels Schrift über die Reichsverfassung“ (1962) oder die Münchner Antrittsvorlesung „Ältere Deutsche Staatslehre und westliche Tradition“ (1965) wählen können — in keinem Fall handelt es sich um rein „akademische Schriften“, so sehr das vielleicht auf den ersten Blick auch scheinen möchte. Diese Schriften haben einen ganz konkreten „Sitz im Leben“ und zielen mit ihrer Intention auf Staatsdenken und Staatspraxis in Deutschland, Vergangenheit und Gegenwart derselben ineinander spiegelnd. Man wird vielleicht auch den Übergang *Hans Maiers* von der Geschichts- zur Politikwissenschaft, die ja — als neubegründete „Demotiwissenschaft“ nach 1945 — in ihrer frühen Phase besonders durch die Absicht geprägt war, „durch politische Aufklärung einen Beitrag zur Stabilisierung der demokratischen Lebensform (in Deutschland) zu leisten“ (H. Maier, *Politische Wissenschaft in Deutschland*, 1969, S. 89), aus dieser Motivlage, aus diesem erkenntnisleitenden Interesse verstehen können.

Hier sind Erfahrungen wirksam, die einerseits — aus den zeitgeschichtlichen Ereignissen heraus — die Notwendigkeit staatlicher oder politischer Ordnung, andererseits zugleich ihre notwendige Gebundenheit an und Begründung auf normativ-anthropologische Prämissen und Prinzipien deutlich werden lassen. Zugleich auch Erfahrungen, die mit Dringlichkeit die *Rekonstituierung einer Politikwissenschaft* als einer Instanz der andauernden kritischen Reflexion und Analyse politischer Zustände, Institutionen, Einstellungen etc. verlangen.

Alexis de Tocqueville hatte mehr als hundert Jahre früher — in der Einleitung seines klassischen Werkes „Über die Demokratie in Amerika“ (1835) den Satz geschrieben: „Eine völlig neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft“ (DTV-Ausgabe, S. 9). Wenn dieser Satz um 1835 galt, mußte er dann nicht auch nach 1945 eine mindestens ebenso unzweifelhafte Geltung besitzen? — *Hans Maiers* Werk belegt dies

eindringlich — und zwar auf doppelte Weise:

— einmal durch die zahlreichen Arbeiten, die sich mit Gegenwart und Vergangenheit von Staat und Politik in Deutschland, mit Parlament und Regierung, mit den Grundrechten des Menschen in der modernen Welt, ferner mit Stellung und Auftrag der Kirche(n) in der pluralistischen Gesellschaft und Demokratie oder mit Fragen der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik befassen.

Sodann aber auch durch jene kaum minder zahlreichen Schriften, die sich auf besondere Weise der Geschichte und des aktuellen Zustandes der Staats- und Politikwissenschaft in Deutschland sowie den „Klassikern des politischen Denkens“ in der abendländisch-europäischen Tradition widmen.

Beide — die Analyse konkreter zeitgenössischer und historischer Problemlagen des Staates und der Gesellschaft wie die kritische Reflexion über den Zustand der Staats- und Politikwissenschaft — gehören zusammen; sind eng aufeinander bezogen; spiegeln sich wechselseitig ineinander. Beide Orientierungen bilden die eigentlichen Schwer- und Bezugspunkte des politikwissenschaftlichen Werkes von Hans Maier. Hinzutritt indes die wichtige, vielfältige Vermittlung der so gewonnenen Erkenntnisse und Wissens Elemente in die verschiedenen Bereiche gesellschaftlicher und politischer Praxis — zunächst in der Lehre, später in der politischen Tätigkeit als Minister und Parlamentarier oder in der gesellschaftlich-politischen Öffentlichkeit. Dies alles aus dem Wissen heraus, daß gerade politische Praxis bodenlos (im doppelten Sinne des Wortes) zu werden droht, wenn sie nicht beständig (kritisch-fördernd) begleitet und rückgekoppelt wird mit einer die Grundlagen und die Grundfragen geschichtlich-politischer Existenz des Menschen bedenkenden, letztlich *philosophischen Reflexion*.

III.

Meine Damen und Herren,

„*Pauca e Multis*“ – Einiges wenige aus vielem! – nach dieser Maxime der traditionellen Rhetorik war hier vorgegangen worden. Ob das herausgehobene „wenige“ Ihnen als „repräsentativ“ erscheinen konnte, das muß ich Ihnen zu beurteilen überlassen. Indes: es bleibt noch eine wichtige letzte Frage offen und zu erörtern:

Die Frage nach dem *Maß* – von Theorie und Praxis der Politik; die Frage nach dem Beurteilungsmaßstab für die zeitkritische Ordnungsreflexion und Erfahrungsverarbeitung ebenso wie für die politisch-geschichtliche Analyse wie auch schließlich für die Vermittlung von deren Ergebnissen an die Praxis.

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht leicht; ich will mich der Antwort *e contrario* anzunähern versuchen.

Von einem (selbstverständlich: preußischen) hohen Staatsbeamten ist glaubhaft überliefert, er habe, auf dem Sterbebett gefragt woran er jetzt – angesichts des nahen Todes – noch denke, geantwortet: „An den Staat“! Vorausgesetzt, die Überlieferung ist zuverlässig (es gibt keinen ersichtlichen Grund, das zu bezweifeln), dann ist die Antwort „An den Staat“ keine gute, eher eine schlimme Antwort, eine schreckliche Antwort. Schrecklich deswegen, weil der Staat hier buchstäblich zum *eschaton*, zum „letzten Ding“ gemacht ist; und – zumindest die Gefahr ist groß – damit auch zugleich zum Maß für Mensch und menschliches Leben. Wir haben in der deutschen Geschichte, vor allem der jüngeren, hinreichende Erfahrungen machen können, um zu wissen, welche verhängnisvollen und gefährlichen Konsequenzen eine Denkungsart wie diese über Politik und Staat, in der der Staat zum letzten Bezugspunkt wird, haben (können) – für den einzelnen wie für die Gesellschaft. Demgegenüber ist zu sagen, daß Politik und Staat auf keine Weise den Anspruch erheben dürfen, „letzte Dinge“ für den Menschen zu sein; allenfalls „vorletzte Dinge“, vielleicht nicht einmal das. Daß sie auf keinen Fall zum „Maß“ werden dürfen, an dem sie dann schließlich auch noch selbst zu messen wären. Dies scheint schlechterdings unakzeptabel.

Von *Max Weber*, dem Klassiker der Soziologie und auch der Staatswissenschaften, sind folgende „letzten Worte“ vor dem Sterben überliefert:

„*Das Wahre ist die Wahrheit*“.

Ein merkwürdiger Satz. Ein Satz, der befremdlich tautologisch und insofern inhaltsleer und nichtssagend klingt. – Aber ist das wirklich so, ist er tautologisch? – Ich glaube nicht. Ich glaube, das wäre ein arges Mißverständnis dieser letzten Worte Max Webers. Der Satz scheint mir alles andere als tautologisch. Wenn ich den Sinn dieser Worte richtig erfasse, dann scheint mir darin eine (vielleicht verborgene) Aussage über das (gesuchte) *Maß* enthalten zu sein. Der Satz „Das Wahre ist die Wahrheit“ bedeutet dann wohl: „Die Wahrheit ist das Maß des Wahren“, oder es ist tatsächlich ein inhaltsloser und tautologischer Satz. Was heißt nun aber „Die Wahrheit ist das Maß des Wahren“? Was ist die Wahrheit des Wahren? Wir müssen dabei bedenken, daß es sich hier nicht um die Wahrheit von Aussagen über Naturgegenstände handelt, sondern um Wahrheit in gesellschaftlichem und politischem Leben. Gibt es dort überhaupt Wahrheit? –

Für *Max Weber*, für den in der gesellschaftlichen Wirklichkeit „die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unauflöselichem Kampf untereinander stehen“ (Wissenschaft als Beruf, S. 27), kann es auf die gestellte Frage keine für alle verbindliche Antwort geben; „der einzelne hat sich zu entscheiden, welches für ihn der Gott und welches der Teufel ist, und so geht es durch alle Ordnungen des Lebens“ (ebenda, S. 28). Es gäbe mithin – auf dieser Grundlage – jeweils nur ein *subjektives Maß* des Wahren, geltend für den je einzelnen, der diese Entscheidung nur für sich allein getroffen hat. Aber wären dann unter dieser Voraussetzung – wenn zuträfe, was Max Weber sagte – überhaupt noch „Ordnungen des Lebens“ möglich? – Kaum! Denn sie bedürften doch einer intersubjektiven Begründung und Anerkennung (Legitimierung). Insofern kann diese Webersche Position für jemanden, der – wie Hans Maier – der klassischen Politiktradition verpflichtet ist und dem an

einer intersubjektiven, sprachlich-kommunikativ vermittelten Begründung politischer Ordnung gelegen ist (wie sie *Aristoteles* im ersten Buch seiner „Politik“ bietet), natürlich nicht genügen.

Auf der anderen Seite besteht jedoch hinreichender Grund zu Argwohn und Ablehnung gegenüber allen kompakten Wahrheiten und Wahrheitsansprüchen in der Politik – von wem auch immer sie ausgehen mögen. Ihre freiheitsfeindlichen, freiheitszerstörenden, totalitären Tendenzen sind im 20. Jahrhundert durch schmerzliche Erfahrungen hinlänglich bekannt und daher erst recht nicht akzeptabel. Offensichtlich besteht hier ein Dilemma. Um diesem zu entgehen, sollen hier abschließend Auswege in zwei Richtungen andeutungsweise erkundet werden.

1) Zunächst könnte man vermuten und annehmen, daß „Wahrheit“ als Maß in diesem Kontext nicht unbedingt als ein bestimmter Inhalt vorzustellen ist, sondern besser als eine (regelbestimmte) formale Struktur, als eine „Offenheit“ (im Sinne der griechischen *Aletheia*), als eine formale Offenheit, die einen Raum öffnet und (durch normative Vorkehrungen) offenhält, in dem sich der das Gemeinwesen mitkonstituierende politische Diskurs zu entfalten und zu vollziehen vermag – als anhaltende, nicht abschließbare Selbstinterpretation der Gesellschaft, die dieses Gemeinwesen bildet.

Eric Voegelin hat – zumal in seiner „Neuen Wissenschaft der Politik“ (1959) – dieses Politikverständnis begründet. „Jede menschliche Gesellschaft gelangt . . . zu einem Verständnis ihrer selbst durch eine Vielfalt von Symbolen, manchmal höchst differenzierten Sprachsymbolen . . . (Die Politikwissenschaft) muß von dem reichen Corpus der Selbstinterpretation einer Gesellschaft ausgehen, und sie wird ihre Aufgabe auf dem Wege kritischer Klärung der gesellschaftlich präexistenten Symbole lösen müssen“ (S. 50).

In seinem breitangelegten, vielschichtigen wissenschaftlichen und publizistischen Werk hat *Hans Maier* diese von *Eric Voegelin* benannte Aufgabe des Politikwissenschaftlers in einem hohen Maße erfüllt – nicht

zuletzt durch die (bereits besprochene) Vermittlung dieser Erkenntnisse an die politische Praxis in den verschiedensten Bereichen.

2) Damit sind natürlich (und notwendigerweise) auch bestimmte *Inhalte* mitgesetzt. Aber nicht als abgeschlossene, vollendete Resultate des Denkens, die so rasch zu Dogmen erstarren, sondern als Richtung problembezogener Suche und Bestimmung, als ein nicht abzuschließender intersubjektiver Prozeß des Nachdenkens und Reflektierens über die Grundlagen der Politik.

Hier ist an jenen bekannten Satz von *James Madison* aus den „Federalists“ zu erinnern, in dem Politik („Government“) als die bedeutendste Reflexion über die menschliche Natur („the greatest of all Reflections on Human Nature“) verstanden wird – nicht als (fertiges) Resultat, sondern als intersubjektiver Vollzug dieser Reflexion. Dazu bedarf es – zur Ermöglichung – der „Wahrheit“ im Sinne der „Offenheit“ in dem gerade erläuterten Verständnis.

Hans Maier hat in seinen Schriften und durch sein Wirken als Politikwissenschaftler einen wesentlichen Beitrag zu dieser Reflexion über Politik und ihre anthropologischen Grundlagen geleistet. Er hat dabei jene *Offenheit* praktiziert, von der die Rede war, indem er den Dialog mit vielen – mit Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern, Politikern, Theologen etc. – gesucht und gepflegt hat.

Dieses öffentlich bedeutsame Wirken bildet den wichtigsten Grund für unsere Fakultät, heute Herrn Prof. Dr. Hans Maier die Ehrendoktorwürde zu verleihen.

Ich danke für die Geduld des Zuhörens.

Verleihung der Ehrendoktorwürde

Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen
Dekan der Philosophischen Fakultät I

Sehr geehrter Herr Maier,
meine Damen und Herren!

Ehe ich dem heute zu Ehrenden die Urkunde zur Ehrenpromotion überreiche, will ich einige Worte sagen zu einer in den letzten Wochen öfters gehörten Frage: „Wie wird man denn Ehrendoktor?“ Zum Inhaltlichen, zu den wissenschaftlichen Voraussetzungen haben Sie gerade die zum Werk Herrn Maiers fast kongeniale Laudatio von Herrn Stammem gehört. Ich möchte Ihnen nun etwas über das Verfahren als Grundlage einer rationalen Entscheidung erzählen.

Zum ersten Schritt ist wenig zu sagen: irgend jemand ergreift die Initiative und wirft den Stein in den Kreis der Professoren, der darüber natürlich zunächst zu befinden hat. Die Diskussion und die Haltung des Professoriums, eines Gremiums, das es eigentlich gar nicht gibt, ist die erste Grundlage für eine solche Entscheidung. Eine derartige Initiative löst, wie meist, wenn etwas Neues geschehen soll, Verunsicherung aus, und wir haben reagiert, wie das so üblich ist: wir haben eine Kommission eingesetzt, die sich zunächst mit Grundsätzlichem beschäftigt hat. Als das durchstanden war, haben wir uns angesichts der wissenschaftlichen Leistung, die im Anschluß an das Grundsätzliche vorgetragen wurde, einvernehmlich und ohne Vorbehalt zu dieser Ehrenpromotion entschieden und entschlossen.

Der zweite Schritt ist die Diskussion und das notwendige Einvernehmen im Promotionsausschuß der Philosophischen Fakultäten. Dies ist eine Eigenheit in Augsburg: wir haben zwei Philosophische Fakultäten, aber selbstverständlich nur einen Doktor phil. Deswegen gibt es diesen gemeinsamen Promotionsausschuß, der auch bei einer Ehrenpromotion mit zu entscheiden hat. Auch in diesem Gremium wurde kein Wider-

spruch laut.

Schließlich ist die dritte und entscheidende Instanz der Fachbereichsrat der Philosophischen Fakultät I. Für diese Institution ist charakteristisch, daß dort neben den Professoren, die sich ja schon ihre Gedanken gemacht haben, die Mitarbeiter, die Studenten, und in der Regel auch das sog. nichtwissenschaftliche Personal vertreten sind. Unsere Promotionsordnung sieht vor, daß bei einer Ehrenpromotion im Fachbereich ein solches Quorum notwendig ist, daß nicht gegen die „Nichtprofessoren“ entschieden werden kann, anders gesagt, daß die Professoren in dieser Frage nicht allein entscheiden können. Dies ist eine hohe und wie manche Beispiele belegen auch eine durchaus wirksame Sperre. Wir haben uns gefreut, und ich möchte den Personen und Gruppen, die daran beteiligt waren, herzlich danken, daß wir auch in diesem Gremium eine einvernehmliche Entscheidung gefunden haben.

Schließlich noch ein Wort zur Diskussion um die Gründe für eine Ehrenpromotion: Bei den Überlegungen auf allen Ebenen der Fakultät war es – abgesehen von der wissenschaftlichen Leistung, die die Grundlage der Ehrung darstellt – immer eine wichtige Frage, was der zu Ehrende eigentlich mit unserer Fakultät zu tun habe. Gibt es Verbindungen, gibt es möglicherweise Interessen, die wir ihm gegenüber artikulieren können? Im Fall des heute zu Ehrenden sind diese Beziehungen für unsere Fakultät natürlich naheliegend gewesen: Da ist nicht nur die Verbindung zur Politikwissenschaft, die als fachnächste den Ausschlag für die Initiative zur Ehrenpromotion gab. Die Nähe Hans Maiers zur Philosophie haben Sie den in der Laudatio genannten Werken entnommen. Die Affinität zur Pädagogik findet sich in manchen Schriften Hans Maiers und sein Hang zur Theologie findet bei uns den Gesprächspartner in der Evangelischen Theologie, die zu unserer Fakultät gehört. Schließlich ist bei dem zu Ehrenden gar nicht zu übersehen oder besser zu überhören die Liebe zum musischen, insbesondere zum musikalischen Bereich, der ebenfalls essentieller Bestandteil unserer Fakultät ist. Insofern waren wir uns bald einig, daß der heute zu Ehrende gut in unsere Fakultät paßt.

Das heißt, wenn ich Ihnen jetzt die Urkunde überreiche, ist dies nicht nur der Ausdruck einer Ehrung, sondern es soll auch eine Einladung sein, sich für uns zu interessieren und vielleicht hin und wieder am Leben unserer Fakultät teilzunehmen.

Darf ich Ihnen jetzt die Urkunde überreichen und sie zunächst vorlesen. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Die Philosophische Fakultät I der Universität Augsburg

verleiht während der Amtszeit des Präsidenten der Universität

Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Josef Becker

Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte

und während der Amtszeit des Dekans der Philosophischen Fakultät I

Prof. Dr. phil. Hans-Otto Mühleisen

Ordinarius für Politikwissenschaft

aufgrund eines Beschlusses des Fachbereichsrats vom 17. Februar 1988

Herrn Prof. Dr. phil. Dr. jur. h. c.

Hans Maier

Ordinarius für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie
an der Universität München

in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste
um die Grundlegung und Entwicklung der Politikwissenschaft
und ihre verantwortliche Vermittlung in die praktische Politik

die Würde eines

Doktors der Philosophie honoris causa

Augsburg, den 7. Juni 1988

Die Urkunde ist unterschrieben vom Präsidenten und vom Dekan.

Glaubwürdigkeit in Wissenschaft und Politik

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel

Sehr verehrter Herr Präsident,
lieber Hans Maier,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Prof. Mühleisen, für die Einladung, heute nach Augsburg zu kommen. Ich war schon oft in Augsburg, aber ich bin heute zum erstenmal Gast dieser Universität. Für einen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten liegt der Bezug zu Trier nahe. Trier und Augsburg, beides römische Gründungen, beides 2000jährige Städte. Sowohl in Augsburg wie in Trier ist 1970 eine Universität gegründet worden, beide gleichermaßen erfolgreich.

Ich soll über Glaubwürdigkeit sprechen, ein ohne Frage aktuelles und darum schwieriges Thema. Nach dem Grimmschen Wörterbuch (Erstausgabe 1854) tritt der Begriff „Glaubwürdigkeit“ erstmals im späten 15. Jahrhundert als Ableitung von glaubwürdig auf. Unter Glaubwürdigkeit wurde zunächst die „Eigenschaft einer Person verstanden, deren einzelne Aussage oder gesamte Rede aufgrund ihrer sittlichen, geistigen Qualitäten, ihrer Stellung als wahr angesehen werden konnte“. Für die späteren Jahrhunderte verzeichnet das Grimmsche Wörterbuch eine Einengung der Begriffsbedeutung auf „Vertrauenswürdigkeit in Bezug auf die Wahrhaftigkeit“.

Es gibt viele Bürger in Deutschland, die ernsthaft besorgt sind um die Glaubwürdigkeit der Politik und um die Vertrauenswürdigkeit der politischen Kultur in unserem Lande, nicht nur, aber insbesondere wegen der Ereignisse im Herbst 1987. Diese Besorgnis ist kein schlechtes Zeichen. Denn man sorgt sich wohl nur um etwas, mit dem man sich ver-

bunden fühlt und das einem ans Herz gewachsen ist. Ein wesentlicher Unterschied zur Zeit der Weimarer Republik, in der zu Anfang und zuletzt eine Mehrheit diesen Staat nicht wollte. Heute gibt es keine Glaubwürdigkeitskrise unseres Staates, unserer Demokratie. Sie verfügt über Institutionen, die Kritik und Kontrolle ermöglichen und die innere Kraft zur Erneuerung besitzen. Es gibt aber eine Vertrauenskrise gegenüber der Politik, gegenüber den politischen Parteien und gegenüber den Politikern. Diese Vertrauenskrise ist gerade in einer Zeit des Umbruchs, die für viele einen Schwund an Zukunftsgewißheit mit sich bringt, bedrohlich, weil sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft auf Vertrauen und Zuversicht der in ihr lebenden Menschen gründen muß. Nur wer das Vertrauen der Menschen hat, kann in eine gute Zukunft führen. Sorgen und Verunsicherung der Bevölkerung, die vielfach geäußerte Kritik, Politiker dächten nur an Macht und Machterhaltung, müssen daher ernst genommen werden. Was kann die Antwort der Politiker darauf sein? Ich will versuchen, eine Antwort zu geben.

Die Entwicklung unseres Gemeinwesens vom Ordnungs- zum Lenkungs- und Leistungsstaat hat den Problemdruck erhöht. Die zu lösenden Aufgaben sind in ihrem Umfang und vor allem in ihrer Zieldefinition neuartig. Ich nenne beispielsweise die Probleme des Arbeitsmarktes und des wirtschaftlichen Strukturwandels, die Probleme neuer Energien und Technologien, die Probleme von Kohle und Stahl, die Strukturreform im Gesundheitswesen, die Frage der Pflegebedürftigkeit im Alter, die Frage des Umweltschutzes. Weder Politik, noch Wirtschaft, noch Wissenschaft werden in alleiniger Kompetenz Modelle zur Lösung dieser Probleme entwickeln können. Der frühzeitigen, zielorientierten Zusammenarbeit kommt entscheidende Bedeutung zu.

Es ist der Glaubwürdigkeit der Politik abträglich, wenn sich Politiker vorschnell zu solch komplexen Sachverhalten äußern. Der Bürger hat sich ein feines Gespür für die Schwierigkeit vieler Probleme bewahrt.

Es kann ihn auf Dauer kaum beruhigen, wenn der Eindruck entsteht, daß er zwar die Sache nicht durchschaue, daß aber der professionelle Politiker über sie gar nicht mehr nachzudenken brauche.

Es ist – in der Politik und in der Wissenschaft – ein Gebot der Glaubwürdigkeit, einzugestehen, daß heute niemand mehr in der Lage ist, alles aus eigener Sachkunde zu beurteilen. Unser demokratisches Regierungssystem setzt deshalb ein hohes Maß an Grundvertrauen voraus. Der Bürger braucht Politiker, denen er vertrauen kann, der Politiker braucht wegen der Komplexität der Fragestellungen das Vertrauen in die Objektivität wissenschaftlicher Beratung. Politik kommt ohne Unterstützung durch Beratung nicht aus. Helmut Schmidt hat von einer Bringschuld der Wissenschaft gesprochen. Dem pflichte ich bei. Aber es gibt auch eine Holschuld der Politik, im Gespräch mit der Wissenschaft Entwicklungen nachzufragen.

Diese Verpflichtung zum Dialog zwischen Wissenschaft und Politik darf nicht den Blick darauf verstellen, daß letztlich der Politiker zu entscheiden hat. Gerade in dieser Pflicht zur Entscheidung liegt die Zuständigkeit und die Verantwortung der Politik. Wer konkret entscheiden muß, spürt immer wieder die von Max Weber getroffene Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Wer kompromißlos perfekte Lösungen einer Gesinnungsethik verlangt, der hat, im Sinne Max Webers, nicht den „Beruf zur Politik“. Der Politiker muß entscheiden: „Mit Leidenschaft, mit Verantwortungsgefühl und mit Augenmaß“.

Das Gebot der Glaubwürdigkeit gilt nicht nur für die Entscheidungsvorbereitung. Es muß auch befolgt werden beim Dialog des Politikers mit dem Bürger. Die Politiker überfordern sich und sie überfordern die Erwartungen der Bürger an die Politiker, wenn sie nicht den Mut haben, Grenzen und Möglichkeiten der Politik deutlich zu machen. Notwendig ist die Besinnung darauf, daß auch in der Politik Menschen handeln, die Fehler machen und die irren können. Dem widerspricht

nicht, daß sich alle, die ein politisches Amt ausüben, an strengeren Maßstäben messen lassen müssen als andere Bürger. Denn für den Politiker gilt das Wort Platons: „Du bist um des Ganzen willen da und nicht das Ganze um deinetwillen.“

So ist es und nicht, wie ein führender deutscher Politiker in diesen Tagen formuliert hat, daß nicht der Staat den ersten Anspruch gegen die Bürger hat, sondern daß die Bürger als erstes einen Anspruch gegen den Staat haben. Es kann gerade nicht die Aufgabe des Staates sein, jedes Einzelinteresse zu erfüllen. Zu vielen wird gesagt, daß ihre Wünsche berechtigt und deswegen auch erfüllbar sind. Es ist nicht gut, zu vielen nach dem Mund zu reden und in Wahrheit zu wenig zu sagen, was im Interesse des Gemeinwohls wirklich notwendig ist. Gemeinwohl ist keine feste Größe. Es ist nicht die Summe aus verfassungsmäßig gewährten Rechtsgarantien und wirtschaftlichem Wohlstand. Es ist im Grunde vielmehr ein Auftrag, die staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungsgefüge mit Leben zu erfüllen. Politische Führungsstärke zeigt sich darin, ein Gesamtkonzept vorzulegen. Dieses muß nicht unbedingt in allen Einzelpunkten, wohl aber im Gesamtergebnis als überzeugend und glaubwürdig empfunden werden.

Es muß gelingen, das urdeutsche Goethe-Wort „Ein garstig Lied! Pfuil ein politisch Lied!“ Lügen zu strafen. Nicht zu Unrecht hat Goethe diesen Satz drei Leuten in den Mund gelegt, die in Auerbachs Keller in Leipzig sitzen und sich – nicht zufällig – über das Deutsche Reich unterhalten.

Meine Sorge ist, daß gerade junge Menschen in ihrem Verdacht bestärkt werden, Politik sei ein schmutziges Geschäft und darum müßten sich alle, die sich die Hände sauber halten wollten, aus der Politik heraushalten. Gustav Radbruch hat recht: Politik verdirbt nicht den Charakter, aber sie stellt ihn auf eine besondere Probe. Geboten ist Nachdenklichkeit darüber, wie Politiker im Alltag miteinander umgehen. Die notwen-

digen Konsequenzen können die Politiker nur gemeinsam ziehen, indem sie Freund-Feind-Denken überwinden. Ich meine, das beginnt bei der Sprache, wenn Politiker miteinander oder auch übereinander reden: im Parlament, in Briefen, in Presseerklärungen, in der Öffentlichkeit, in Wahlkämpfen. Wen wundert es, wenn beim Bürger angesichts mancher Formulierungen über den politischen Gegner oder auch seine Meinung der Eindruck entsteht, daß sich unversöhnliche Feinde gegenüberstehen? Der Streit zur Sache ist politische Kultur, politische Unkultur ist die Diffamierung der Person. Wir müssen sichtbar, besser sichtbar machen, daß die gemeinsame Verpflichtung auf das Gemeinwohl aller Bürger wichtiger ist als parteipolitische Erfolge und parteipolitisch bestimmte Unterschiede. Grundlage dieser Verpflichtung sind die Verfassung und die dort festgeschriebenen überzeitlichen sittlichen Werte und Ordnungen. Sich dazu zu bekennen, ist für alle Inhaber staatlicher Gewalt ein Verfassungsgebot.

Glaubwürdigkeit in der Politik ist kein Selbstzweck. Ich stimme Richard von Weizsäcker zu, der bei der Verleihung des Romano Guardini-Preises im November letzten Jahres in München gesagt hat: „Eine lebendige Demokratie hält Glaubwürdigkeit in hohem Kurs und bestraft früher oder später ihre Vernachlässigung. Das gehört zu ihrer Fähigkeit, den Machtkampf zu kontrollieren und Macht zu legitimieren.“ Der Bürger vermag oft nur schwer zu entscheiden, ob politische Aussagen falsch oder richtig sind. Er entwickelt aber in der Regel ein zuverlässiges Urteil, an dem er die Glaubwürdigkeit des Politikers mißt. Verliert er das Zutrauen, wird er seine Wahlentscheidung ändern und möglicherweise einen Regierungswechsel herbeiführen. „Dies sind“, um noch einmal den Bundespräsidenten zu zitieren, „die Spielregeln. Sie sollten uns davor bewahren, den Kampf um die Macht bis aufs Messer zu führen.“

Unser Staat braucht Macht, aber sie lohnt nicht jeden Preis. Romano Guardini schreibt in seinem Buch „Das Ende der Neuzeit“ vor Jahr-

zehnten: „In Wahrheit kann die Macht Gutes bewirken wie Böses, aufbauen wie zerstören. Zu was sie tatsächlich wird, hängt davon ab, wie die Gesinnung ist, die sie regiert und der Zweck, zu dem sie gebraucht wird.“ Wer Macht hat, darf es sich in ihr nicht bequem machen. Er muß sein Bestes geben in der Sache, das heißt in den politischen Inhalten, in der Bereitschaft, sich beraten zu lassen, in seiner öffentlichen Darstellung, in der Sprache, in der Auswahl seiner Mitarbeiter. Er muß sich bemühen, persönlich charakterlich und politisch Vorbild zu sein, vor allem für junge Menschen. Das ist der Weg, um verlorengegangenes oder gefährdetes Vertrauen gegenüber Politik und Politikern wieder herzustellen.

Politik muß glaubwürdig sein, die Wissenschaft muß es erst recht. Die Wissenschaft hat eine neue Dimension.

Wir stehen vor einer atemberaubenden Ausweitung von Erfindungen, Technologien und Theorien. Die Wissenschaft nähert sich dabei empfindlichen Grenzbereichen. Werden wir intelligent und charakterfest genug sein, dies alles nicht nur technisch, sondern auch ethisch und sozialverträglich zu beherrschen – und uns zu beherrschen?

Diese Frage gilt im Grunde für jede Erfindung, aber sie gewinnt eine andere Dimension, wenn wir zum eigentlichen „Kern des Lebens“ vorstoßen. „Die eigentlichen Probleme der Zukunft sind nicht Probleme der Technik, sondern Probleme der Ethik“, sagt zu Recht Carl Friedrich von Weizsäcker.

Neben der Politik hat die Wissenschaft große Verantwortung für den Umgang mit dem technischen Fortschritt. Für mich steht außer Zweifel, daß der Erkenntnisgewinn und die Verantwortung der Wissenschaft nicht voneinander getrennt werden können. Die Wissenschaft muß sichern, daß bestimmte Verfahrensregelungen gelten, die eine interne Fachkontrolle bewirken. Es gibt wichtige Ansätze innerhalb von Forschung und Technik zur Vertrauensbildung. Dies ist nicht leichter

geworden in einer Zeit, wo – vereinfacht gesagt – dem Deutschen Hochschulverband 12 000 Mitglieder angehören und damit die Zahl möglicher Autoritäten und Gegenautoritäten eine neue Dimension erreicht hat. Ich erinnere an vielfältige Reflexionen über einen „Eid des Hippokrates“ für Wissenschaft und Technik, beispielsweise bei Hans Jonas, an die, etwa auf dem Gebiet der Humanexperimente, ganz autonom entstehenden beruflichen Ehrenkodices, an die große Zahl verschiedener Ethikkommissionen. In den Diskussionen zeigt sich, daß die Wissenschaft die Gebote einer neuen „Verantwortungsethik“ durchaus anerkennt. Man muß erfreut die nachdenklichen Diskussionen von Bischof Karl Lehmann und anderen verfolgen um einen neuen „asketischen Ansatz“, und auch die deutlichen Appelle, sich den Folgen von Forschung auch schon in den ersten Anfängen bewußt zu sein. In diesen Zusammenhang von Vertrauensbildung und Autorität der Wissenschaft gehört aber auch ein Satz von Reimar Lüst: „Die Bemerkung eines Politikers, man könne zu jeder Sachfrage jedes gewünschte, als wissenschaftlich bezeichnetes Gutachten bekommen, diskreditiert beide Seiten“. Leider ist dieser Satz richtig. Die letzte Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 9. Mai in Köln befaßte sich mit dem Thema „Konfrontation und Kooperation von Wissenschaft und Politik“. Helmut Kohl hat dort von der Versuchung manchen Politikers gesprochen, sich die Wissenschaft zur Verteidigung seiner eigenen Position einseitig dienstbar zu machen, sie zu Propagandazwecken zu instrumentalisieren, von der Gefahr, daß Gutachten veröffentlicht werden, die nichts anderes darstellten als die wissenschaftliche Verbrämung einer vorgefaßten oder vorgegebenen Meinung. Eine deutsche Tageszeitung (WELT vom 11. Mai 1988) sprach von einem „Krieg der Gutachten“. Die Wissenschaft bringe sich in den Verdacht, sie sei nichts weiter als die Magd der Politik und mit ihrem hehren Wahrheitsanspruch sei es nicht weit her. Dies sind harte Vorwürfe, über die man nachdenken sollte. Hubert Markl, Präsident des Wissenschaftsrates, hat das getan, indem er zum Problem des Vertrauens gegenüber dem Wissenschaftler aus-

führte: „Es gibt nur eins, was seinen Sachaussagen zu vertrauen nahelegt: die Qualität der Argumente und Belege, der Nachweis, daß er auf dem Gebiet, über das er Behauptungen verbreitet, auch Sachkenntnis aus eigener Forschungsarbeit hat, daß er in wesentlichen Fragen bereits früher richtig geurteilt hat, daß er Neues zutreffender erkannte, schwierige Probleme besser löste als andere.“

Dies gilt für Natur- und Geisteswissenschaften. Um die positiven und negativen Folgen der technischen Entwicklung abschätzen und bewerten zu können, um die Gesellschaft auf die neuen Entwicklungen vorzubereiten, bedarf es besonders der Hilfe der Geisteswissenschaften bei der kritischen Analyse und bei der Bewertung; sie müssen Antworten auf die Frage nach der Bedeutung der neuen Technik für die Menschen und die Natur geben. Sie dienen der ethischen Bewältigung. „Je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften“ (Odo Marquardt). Insgesamt müssen die Geisteswissenschaften wieder selbstbewußter werden: Wenn es ihnen gelingt, sich allgemein verständlich zu machen und Fachwissen in Bedeutungswissen zu verwandeln, dann leisten sie einen entscheidenden Beitrag, um die vielfach erkennbare Desorientierung zu überwinden und um damit die Glaubwürdigkeit der gesamten Wissenschaft zu stärken.

Wir sind zusammengekommen, um Hans Maier zu ehren, einen Mann, der Glaubwürdigkeit in Wissenschaft und Politik verkörpert. Nur so ist erklärbar, daß er über Landes-, Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg anerkannt ist als eine der bemerkenswerten, konsequenten und erfolgreichen Gestalten des geistig-politischen Lebens in Deutschland. Wobei in gleichem Maße beachtenswert ist, was er wissenschaftlich erforscht und was er politisch und publizistisch gestaltet hat.

Wer ist Hans Maier? Einige Sätze aus seinen „Streiflichtern zur Zeit“; er hat darin sich und seine Herkunft charakterisiert: „Geboren bin ich

am 18. Juni 1931 in Freiburg im Breisgau. Die Vorfahren, soweit erkennbar, saßen am Oberrhein und Hochrhein, einmal im Badischen, einmal im Elsaß und in der Schweiz; ich bin also von Haus aus ein waschechter Alemanne. Ein Alemanne mit katholisch imprägnierter Seele zudem ... Ich bin in Freiburg in die Schule gegangen, habe dort und später in München und Paris studiert, hauptsächlich Geschichte und Sozialwissenschaften; daneben habe ich für den Rundfunk und für Zeitungen geschrieben“.

Der weitere Weg ist bekannt. Die Selbstcharakterisierung als katholischer Alemanne gibt einen Schlüssel zu Hans Maiers Wesen. Er ist Deutscher, aber von seiner geistigen Statur her Europäer. Insbesondere der französische Geist, die französische Sprache, die französische Geschichte haben ihn früh fasziniert. Er ist für eine Mittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland geradezu prädestiniert.

Europäer ist Hans Maier auch darin, daß er — quer durch die Jahrhunderte — souverän über das verfügt, was man — mit einem gefährdeten Begriff — abendländische Bildung nennen kann. Hans Maier ist nicht nur Sachwalter, sondern Fortsetzer der Tradition, die Erasmus von Rotterdam verkörpert und die noch in unserem Jahrhundert in Gestalten wie Carl Jakob Burckhardt lebendig war. Humanismus als die entscheidende Kraft, die auf Politik und Gemeinwesen prägend einwirkt: Dafür steht Hans Maier in unserer Zeit.

Aus dieser humanistischen Grundposition, verbunden mit der eigenen Lebenserfahrung, ist wohl auch sein geistig-politischer Standort erwachsen. Er hat selbst darüber gesagt: „Ein Zeitalter, das die reißende Veränderung der Lebensverhältnisse täglich spürt und gar nicht übersehen kann, darf, ja muß wohl auch nach den Konstanten, den Kontinuitäten fragen. Es gibt im Geschichtsgang ja nicht nur die List der verändernden Vernunft, es gibt auch die List des Bestehenden; und mancher jugendliche oder ergraute Revolutionär von heute weiß gar

nicht, wie alt der Fundus ist, aus dem er sich bedient.“

Ich stimme Hans Maier darin aus Erfahrung zu. Es gibt wohl keine bessere Begründung für die Notwendigkeit, in der Politik Bewahren und Verändern immer neu zum Ausgleich zu bringen. Rechenschaftspflichtig ist immer das Neue; wer die Kontinuität außer Acht läßt, verspielt die Möglichkeit, Gewesenes, Seiendes und Werdendes im Zusammenhang zu sehen.

Noch eine sehr subjektive Bemerkung: Wenn man sich mit Hans Maier näher befaßt, fällt auf, daß er immer wieder für Überraschungen und Verblüffungen gut ist. Überspitzt gesagt: Hat er vielleicht immer etwas anderes werden wollen als er schließlich tatsächlich geworden ist? Ist etwa in seinem Leben und in seiner Entwicklung bis zum heutigen Tage auch eine „List der Geschichte“ am Werke?

Hans Maier ist, für viele verblüffend, weil diese Disziplin damals ein neues und noch recht umstrittenes Wissenschaftsfeld war, nicht Historiker sondern Politischer Wissenschaftler geworden. Ein anderes verblüffendes Moment: Hans Maiers zahlreiche Schüler berichten, er habe ihnen gegenüber immer einen sehr hohen Anspruch von Wissenschaft formuliert, einmal, was das persönliche Leben des Gelehrten betrifft, zum anderen auch, was die notwendige Distanz zur Tagespolitik angeht. Nun, Hans Maier hat nicht die persönliche Einsamkeit gewählt, sondern er ist glücklich verheiratet und Vater von sechs Töchtern. Und als er dann, als wohlbestallter Ordinarius für politische Wissenschaft in München, den Schritt von der politischen Theorie zum Engagement in der praktischen Politik tat, hat er Zug um Zug die Distanz zu den ganz konkreten Erscheinungsformen der Politik aufgegeben. Drei Jahre, nachdem er Minister wurde, ist er einer politischen Partei beigetreten. Überraschungen, Verblüffungen – die Reihe der Beispiele ließe sich verlängern. Trotzdem ist Hans Maier immer er selbst geblieben und die Frage, wer er denn eigentlich ist, kann wohl zureichend nur mit Goethes Worten beantwortet werden, wo von der „geprägten Form“ die

Rede ist, „die lebend sich entwickelt“.

Was ist Hans Maier?

Zu allererst ist er ein Wissenschaftler, ein Gelehrter, der sich der Aufgabe verschrieben hat, Sachverhalte gründlicher zu durchdenken als andere dies tun, und dann das Ergebnis seines Nachdenkens klar und prägnant zu formulieren. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war über Jahre das Verhältnis von Staat, Kirche und Gesellschaft im 18., 19. und 20. Jahrhundert. Sein Schriftenverzeichnis, von Schülern anlässlich seines 50. Geburtstages zusammengestellt, umfaßt 90 Seiten. Viele Veröffentlichungen sind inzwischen hinzugekommen.

Der angesehene Wissenschaftler Hans Maier ist dann „auf dem zweiten Bildungsweg“, wie er selbst gern sagt, Politiker geworden, Staatsminister im Freistaat Bayern, zweimal Präsident der Kultusministerkonferenz. Er ist Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Der Rang Hans Maiers als Bildungspolitiker wird daraus deutlich, daß er das Amt des bayerischen Kultusministers 16 Jahre inne hatte und sich in dieser Zeit stets durch die Fähigkeit ausgezeichnet hat, zwar an bildungspolitischen Grundpositionen unverrückbar festzuhalten, gleichzeitig aber durch seine Bereitschaft, für ihn noch vertretbare Kompromisse einzugehen, zur Weiterentwicklung des kooperativen Föderalismus im deutschen Bildungswesen beizutragen.

Die Bildungspolitik verdankt ihm, der sich nie vom vermeintlichen Zeitgeist hat leiten lassen, eine Reihe wichtiger Anstöße: Daß es vor allem auf die „Wiedergewinnung des Erzieherischen“ ankommt; daß es Bildung nicht zum „Nulltarif“ geben kann; daß Kunst und Kultur und Bildung und Wissenschaft ein zusammenhängendes Ganzes bilden wie er es selbst exemplarisch, glaubwürdig vorlebt. Der Ausbau der Hochschulen in Bayern und die Dezentralisierung der Standorte sind untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Sein Ministerium wurde im Jahre 1986 geteilt in ein Unterrichts- und

Wissenschaftsministerium. Hans Maier hielt dagegen, das Ministerium habe die Stürme der Kulturpolitik in den 60er und 70er Jahren gemindert und es gäbe keinen Grund, es unter den konsolidierten Verhältnissen der 80er Jahre zu teilen. Seinen Argumenten wurde nicht gefolgt. Es war von ihm folgerichtig und ein Beweis für seine Glaubwürdigkeit, sich zunächst auf das Landtagsmandat zu beschränken.

Im Jahre 1987 erhielt er den Ruf auf den seinerzeit für Romano Guardini eingerichteten Lehrstuhl an der Universität München. Er nahm diesen Ruf an, dem vor ihm schon Karl Rahner und Eugen Biser gefolgt waren, und legte sein Landtagsmandat nieder. Das hindert ihn erfreulicherweise nicht, in wichtigen Fragen seine Stimme zu erheben und, wie er es selbst ausdrückt, „Flagge zu zeigen“, gegenzusteuern, zäh, elastisch, ohne Aufregung, nie übertreibend. So hat er etwa als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, als christlich Liberaler, wie es seiner Herkunft geziemt, kein liberaler Christ, bei der Vollversammlung im November 1987 nachdrücklich die Notwendigkeit der Verbesserung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland beschworen. Er wertete es als bedrückend, daß indiskutable Methoden zur Erhaltung der Macht nicht von vornherein tabu waren. Nicht allein die Glaubwürdigkeit von Politikern und Journalisten stehe auf dem Spiel. Wörtlich fügte er hinzu: „Auch wir Bürger müssen uns fragen, ob wir genug getan haben und tun, um dem Zerfall der sittlichen Voraussetzungen von Anstand und Fairneß und seinen verheerenden Auswirkungen für unser Gemeinwesen zu wehren“.

Die geistige Kraft, die politischen Grundwerte, ethischen Anstöße und politischen Zielvorstellungen Hans Maiers entstammen seiner christlichen Überzeugung. In seinem Werk wie in seiner politischen Praxis hat Hans Maier stets glaubenstreues, aber scheuklappenfreies Christentum mit rechtsstaatlicher Ordnung, demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Beziehung gesetzt.

Jedem von uns stellen sich im Leben Aufgaben, zu deren Bewältigung

nicht nur Glück und Begabung, sondern auch Zielstrebigkeit und Fleiß erforderlich sind. Hans Maier, der über diese Eigenschaften verfügt, und über ein besonderes Maß an Gelassenheit, hat bereits bisher mehr Aufgaben erfüllt, als andere in einem ganzen Leben: Er hat als Politischer Wissenschaftler Schule gemacht und Schule gebildet, er hat sich als Bildungspolitiker von herausragender Bedeutung erwiesen und er hat sich als Mann des Geistes und der Kultur profiliert. Er verdient deshalb die Ehrung, die ihm heute zuteil wird, in hohem Maße.

Eine bedeutende Zeitung (FAZ vom 1. November 1986) schrieb: „Mag seine Zeit als Kultusminister von Bayern zu Ende sein: Als Repräsentant für das, was politische Kultur heißt, ist er nicht zu ersetzen.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich gratuliere Dir, lieber Hans Maier, herzlich zur Ehrendoktorwürde.

Vertrauen als politische Kategorie

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Maier

Herr Präsident, Herr Minister,
Herr Dekan, Herr Prodekan,
verehrte Ehrengäste, liebe Freunde!

Der Universität Augsburg, und ganz besonders ihrer Philosophischen Fakultät I, danke ich sehr herzlich für die hohe Ehre der Verleihung des Philosophischen Ehrendoktors. Ganz besonders habe ich allen zu danken, die vor mir gesprochen haben, dem Herrn Präsidenten für seine freundliche Begrüßung; meinem Freund und Kollegen Theo Stammen für seine eingehende und liebevolle Würdigung; es war eigentlich nicht „*Pauca e Multis*“, sondern eher „*Multum e Paucis*“; Herrn Kollegen Mühleisen für seine Einblicke in die Gedankengänge und auch in den Arbeitsstil einer Fakultät – nicht unwichtig, das alles zu wissen und zu bedenken.

Nicht zuletzt danke ich Bernhard Vogel, mit dem ich nun schon so viele Jahre in der gemeinsamen Arbeit in Staat, Kirche und Bildung verbunden bin, für seinen klug abwägenden, gerecht und sicher urteilenden Festvortrag: Wer auch unter den führenden Politikern der Bundesrepublik Deutschland dürfte sich erkühnen, über Glaubwürdigkeit öffentlich zu sprechen, wenn nicht er?

Zwischen der Universität Augsburg, der nun bald zwanzigjährigen, und mir hat immer ein Vertrauensverhältnis bestanden – auch wenn es gewiß im Laufe der Zeit Meinungsunterschiede, ja sogar Auseinandersetzungen gegeben hat; aber das schließt ja gegenseitige Achtung und sogar Sympathie nicht aus. Der in schwierigen Jahren gegründeten schwäbischen Alma mater auf den Weg zu helfen war mir immer mehr

als nur administrative Pflicht. Oft habe ich in den alten Räumen der Universität oder auf dem allmählich wachsenden Campus mit Studenten und mit Kollegen diskutiert – manchmal unter stürmischen Begleitumständen, besonders in den siebziger Jahren, später in ruhigeren Verhältnissen; es dürften im Laufe der Zeit mehr als fünfzig derartige Begegnungen gewesen sein. So ist allmählich ein Gefühl der Verbundenheit, der Zugehörigkeit und des Vertrauens entstanden, und über Vertrauen, meine Damen und Herren, möchte ich in dieser kleinen abschließenden Dankrede zu Ihnen sprechen, über Vertrauen als politische Kategorie.

Vertrauen als politische Kategorie – hier zögern wir wohl alle ein wenig. Denn von Haus aus scheint ja Vertrauen kein politischer Begriff zu sein. Vor allem im Deutschen verbinden wir mit diesem Wort fast immer Vorstellungen des Persönlichen und Intimen – wir denken an Kindheit, Jugend, Erziehung, Ehe, Familie und ähnliche Felder, wo sich Vertrauen bildet, wo es gewonnen oder verspielt wird, wir denken nicht so sehr ans Öffentliche, an Politik und Staat. Vertrauen scheint sich am besten in kleinräumigen, überschaubaren Ordnungen zu entfalten, im Privaten, im Zwischenmenschlichen: also in einer Sphäre, wo es möglich ist, Personen kennenzulernen, ihr Verhalten zu beobachten, Erfahrungen mit ihnen zu sammeln und stabile Beziehungen aufzubauen. Hier sind wir auch am ehesten bereit, unseren Mitmenschen zu vertrauen, ja sogar ihnen einen Vertrauensvorschuß zu geben. In der Politik dagegen sind wir als gebrannte Kinder mit Vorschüssen meist geizig. Hier scheint uns eher Mißtrauen angebracht. So rücken wir der staatlichen Sphäre mit Kontrollen, Fristen, Sicherungen zu Leibe; eine Verfassung, in deren Mitte das Wort Vertrauen stünde, käme uns gefährlich und leichtfertig vor. Unser Grundgesetz kennt denn auch, in der Linie des modernen Verfassungsstaates, ein gestuftes System vieler Kontrollen; dazu gehört u. a. das Mißtrauensvotum (Art. 67), die Präsidenten- und Richteranklage (Art. 61, 98 II), die Verweigerung von Haushaltsmitteln (Art. 110 II) – es bedeutet schon viel, daß das Grund-

gesetz das Mißtrauensvotum, im Unterschied zu Weimar, zum *konstruktiven* Mißtrauensvotum fortgebildet und es gleichzeitig mit dem Prinzip der Kollektivverantwortlichkeit der Regierung verbunden hat, so daß man nicht mehr gegen einzelne Minister vorgehen kann. So kann eine neue Regierung an die Stelle der alten treten, wenn diese ihre Mehrheit verloren hat; verbrauchtes Vertrauen kann durch neues ersetzt werden. Doch schon dies hat Kritiker auf den Plan gerufen mit dem Vorwurf, hier würden die Sanktionen und Kontrollen des Parlaments über Gebühr eingeschränkt.

So stehen wir bei uns in Deutschland vor einer merkwürdigen Zweiteilung: Auf der einen Seite Vertrauen als bereitwillig eingeräumter Kredit, sogar als Überziehungskredit im persönlichen, privaten Bereich — auf der anderen Seite das Mißtrauen als entschlossen installiertes Frühwarnsystem im öffentlichen Leben; in dieser Zweiteilung haben sich die Deutschen nun schon seit vielen Jahren eingerichtet. Und so hoch auch in der Ethik Vertrauen bewertet wird, wie sehr es auch immer dem Mißtrauen übergeordnet wird, (man kann es nachlesen in vielen Texten von Kant bis zu Nicolai Hartmann!), so sehr wird es doch fast immer in den Raum des Persönlichen, der privaten Lebensentwürfe, des Pädagogischen verwiesen. In der Jugendbewegung schäumte alles über vor Vertrauen — ich höre noch einen Jugendführer in meiner Kindheit sagen, als wir nach einer Nachtwanderung vor der Hütte im Nebel den Mond aufgehen sahen: „Jungs — der Mond. Ich hab Vertrauen zu euch!“ Im Politischen dagegen sind solche Emphasen verpönt, und wenn unter lauter Sachgesetzmäßigkeiten plötzlich etwas Emotionales auftaucht — zum Beispiel eine Männerfreundschaft —, dann zieht das schnell ironische Kommentare auf sich. Selbst die Achtundsechziger-Zeiten, die manches Altbewährte durcheinanderwirbelten, haben an dieser merkwürdigen Dichotomie nichts geändert, ganz im Gegenteil: Während in jenen Jahren die Frühpädagogik das „Urvertrauen“ (eine wohl nur in Deutschland mögliche Wortbildung!) als Grundlage seelischer Entwicklung und

Stabilität des Kindes entdeckte, verkündete auf der anderen Seite Hermann Giesecke in der politischen Bildung das schroffe Gegenteil: das Wort Vertrauen — so dekretierte er — sei auf die Politik nicht anwendbar; einem Politiker könne man nicht vertrauen, wenn dieses Wort „noch einen letzten Rest von Sinn behalten“ solle (Didaktik der politischen Bildung, München³1968, 125).

Demgegenüber will ich hier zwei Dinge behaupten und in Kürze auch begründen: erstens, daß Vertrauen ein Zentralbegriff nicht nur des persönlichen, sondern auch des gesellschaftlichen und politischen Lebens ist, eine politische Kategorie mithin; und zweitens, daß Vertrauen im privaten und im politischen Bereich miteinander eng zusammenhängen, freilich oft auch in Ergänzung und Spannung, nicht in einfacher und linearer Fortsetzung. Konkret und praktisch gesprochen: Es geht in einem Wahlkampf viel weniger um die Verteilung von Macht als um den Erwerb (oder Verlust!) von Vertrauen; und die ganz überwiegende Zahl der Bürger dürfte einen Politiker mit nicht viel anderen Augen ansehen und beurteilen als den Ehegatten, den Kollegen, die Kollegin am Arbeitsplatz, den Nachbarn, die Nachbarin von nebenan. Die Menschen sehen auf die Person, ihre Glaubwürdigkeit, ihre Überzeugungskraft und nicht so sehr auf die Sachkonzepte, die parteipolitischen und die sonstigen Zugehörigkeiten. Das ist nicht etwa eine archaisierende Betrachtung politischer Sachgesetzmäßigkeiten oder gar eine atavistische Vermenschlichung der Politik — es ist ein durchaus rationales Verhalten, es entspricht dem Umstand, daß auch in der Demokratie Macht an Menschen verliehen wird, nicht an Apparate; der urteilende und wählende Mensch hat gar keine andere Möglichkeit, als sich an die Personen zu halten, die den politischen Betrieb repräsentieren, an den Eindruck, den sie als Menschen auf ihn machen.

„Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?“ Mit so erfrischender Direktheit gehen politische Kontrahenten in den USA

aufeinander los – in einem Land, in dem politische Ämter nicht von ungefähr als „trust“, als anvertraute Aufgabe, verstanden werden und in dem die private Existenz des Politikers, seine Lebensführung, im Streitausgang eine noch immer unverhältnismäßig große Rolle spielt. Unser alter Kontinent mit seiner übertünchten Höflichkeit ist da zurückhaltender: Politisches und Privates, sachliche Optionen und persönlicher Stil werden deutlicher getrennt. Aber den Ausschlag geben auch hier Vertrauensrelationen zu Personen; Institutionenvertrauen mag ergänzend dazukommen, kann sich aber nur bilden, wo Personen es legitimieren.

So hängen Vertrauensbildung im persönlichen und im öffentlichen Bereich eng zusammen – viel enger jedenfalls, als unsere politische Schulweisheit sich träumen läßt. Das ist auch kein Wunder, denn Vertrauen wird ja überall dort gebraucht, wo Situationen nicht gänzlich überblickbar sind, wo es darum geht, vernünftige Schritte in eine noch offene Zukunft zu tun. Sind schon persönliche Entscheidungen zwischen Partnern ohne Vertrauensvorschuß nicht denkbar, so gilt das in erhöhtem Maße für die Politik. Politik treiben heißt Wegesuchen im Ungewissen. Niemals können alle Risiken im Vorhinein abgeschätzt werden. Damit nun aus der Politik kein Parforceritt ins Irrationale wird, ist ein Mindestmaß an Orientierungen nötig. Solche Orientierung kann gewonnen werden durch Rückgriff auf Vertrautes – Verhaltenskonstanten aus der Vergangenheit werden verlängert, sie werden gewissermaßen, wie Niklas Luhmann gesagt hat, hochgerechnet; aus Gewohnheiten werden Normen, aus Normen werden Rechte – die übliche Form der Stabilisierung in überschaubaren Lebensverhältnissen. Oft genügt diese Orientierung am Vertrauten. Doch wenn die Verhältnisse komplexer werden, wenn in größeren Gemeinschaften mit höherem Einsatz gespielt wird, wenn Wagnisse unvermeidlich werden – dann muß sich der politisch Handelnde vom Überlieferten lösen, er muß auf die Zukunft setzen. An die Stelle des Rückgriffs auf Vertrautes tritt der Vorgriff des Vertrauens – und

damit läuft man natürlich unvermeidlich alle Risiken der Welt. Vertrauen erschließt Zukunft, kann sie aber auch verspielen; und mit dem Einsatz wachsen Chance und Gefahr.

Zweitausend Jahre Christentum, zweihundert Jahre Verfassungsstaat haben den Naturstand des Politischen mit wirksamen Sicherungen umgeben – mit Gewissensprüfungen und inneren Rechenschaftspflichten, mit klugen Mischungen von Vertrauen und Mißtrauen, mit Kontrollfristen und Revisionsmöglichkeiten ohne Zahl. In der westlichen Demokratie zumindest ist alle Politik rechenschaftspflichtig geworden vor dem forum internum und vor parlamentarischen und gerichtlichen Instanzen, gar nicht zu reden von der Kontrollgewalt der öffentlichen Meinung. Warum ist dennoch der Ertrag so gering, der Vertrauensverlust der Politik beim Publikum so groß?

Mir scheint, daß der Raum persönlicher Verantwortung heute mit äußeren Sicherungen fast zugestellt ist – die „Purgierungsaskese“ (Kurt Eichenberger) droht eher zum Stillstand als zur Kontrolle der Politik zu führen. Was das forum externum an Kontrollen zu bieten hat, ist längst ausgereizt. Auf der anderen Seite ist die Verantwortung des Politikers vor Gott und dem Gewissen heute fast zur ohnmächtigen Beschwörungsformel geworden – das forum internum, Gewissensbildung also und demokratischer Fürstenspiegel, scheint nicht mehr nötig zu sein, seitdem die äußeren Kontrollmechanismen speziell bei uns, im Bereich des Grundgesetzes, zu kaum mehr überbietbarer Dichte gesteigert wurden. Da aber im Krisenfall der Natur-Antrieb des Politischen immer wieder durchbricht, ungewöhnliche Situationen sich ohne Rückgriff auf psychische Energien auch gar nicht meistern lassen, versagen diese äußeren Mechanismen gerade dann, wenn sie wirksam werden sollen. Denn im Krisenfall wäre eine Vertrauens-Relation zwischen Bürgern und politisch Handelnden nötig, eine Relation, in der Vertrauensvorschuße mit doppelt vermehrter interner Kontrolle beantwortet werden, mit einer

Schärfung des Gewissens und der Verantwortungspflicht. Daran mangelt es aber, weil es an Vertrauen fehlt; denn nur wer Vertrauen gibt, kann auch im Gegenüber Verantwortung wecken.

So bleibt Vertrauen in der Politik eine Notwendigkeit und zugleich ein Desiderat – mindestens im gegenwärtigen Augenblick. Um das Institutionen-Vertrauen scheint es mir dabei noch am besten bestellt zu sein; – ich stimme in dieser Analyse mit Bernhard Vogel überein –; doch auf die Dauer genügt das nicht. Gerichte, Verwaltung, Parteien, Politiker – das ist heute eine von oben nach unten absteigende Vertrauenslinie. Es sollte aber umgekehrt sein: dem Vertrauen in Personen sollte das Vertrauen in die – notfalls korrigierenden und ausgleichenden – Institutionen stützend zur Seite treten, nicht umgekehrt.

Eine Wendung zum Besseren müßte wohl von beiden Seiten, von Politikern wie Bürgern, ausgehen: nicht nur von Politikern wäre ein ethisches Verhaltensminimum einzuklagen, wie es heute allenthalben und manchmal allzu lautstark geschieht – auch der demokratische Souverän müßte Interesselosigkeit, Ohne-mich-Haltung, ja manchmal eine neidige Voyeurs-Moral in seinen eigenen Reihen viel unnachgiebiger bekämpfen. Solange Vertrauensbildung auf den Privatbereich eingeschränkt bleibt, fehlt unserer Politik das Kernstück ihrer Wirksamkeit. Ohne Vertrauen aber ist repräsentative Demokratie eine Zumutung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren: ich danke nochmals sehr herzlich für die mir erwiesene Ehre. Ich hoffe, ich kann mich Ihres Vertrauens würdig erweisen.

Die Philosophische Fakultät I der Universität Augsburg

verleiht

während der Amtszeit des Präsidenten der Universität
Prof. Dr. phil. Dr. h. c. (Metz) Josef Becker
Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte

und

während der Amtszeit des Dekans der Philosophischen Fakultät I
Prof. Dr. phil. Hans-Otto Mühleisen
Ordinarius für Politikwissenschaft

aufgrund eines Beschlusses des Fachbereichsrats vom 17. Februar 1988

Herrn Prof. Dr. phil. Dr. jur. h. c.

Hans Maier

Ordinarius für Christliche Weltanschauung
Religions- und Kulturtheorie
an der Universität München

in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste
um die Grundlegung und Entwicklung der Politikwissenschaft
und ihre verantwortliche Vermittlung
in die praktische Politik

die Würde eines

Doktors der Philosophie honoris causa

(Dr. phil. h. c.)

Augsburg, den 7. Juni 1988

Der Präsident
gez. Becker

Der Dekan
gez. Mühleisen